

Assad setzt auf absolut loyale Truppen

ZÜRICH. Das Problem in Syrien sei, dass es im Unterschied zu Libyen neben dem breiten Widerstand gegen das Regime deutlich mehr loyale Bevölkerungsteile gebe, sagt die Islamwissenschaftlerin Ulrike Freitag. Diese erwarteten von einem Umsturz nichts Gutes.

PHILIPP HUFSCHMID

Daraa, Duma, Baniyas, Dschisr al-Schughur, Homs, Hama, Deir al-Zor, Latakia. Es scheint, als ob die Sicherheitskräfte von Präsident Baschar al-Assad von Stadt zu Stadt ziehen, um die Proteste in Syrien niederzuschlagen. Täuscht der Eindruck?

Ulrike Freitag: Nein. Ich glaube, das ist der systematische Versuch, mit einer beschränkten Anzahl Truppen, die aber absolut loyal zum Regime sind, die Aufstände unter Kontrolle zu bringen. So müssen keine Verbände eingesetzt werden, deren Loyalität nicht zweifelsfrei feststeht. Denn in Syrien gilt die allgemeine Wehrpflicht, sodass die Sunniten in der Armee in der Mehrheit sind. Sie könnten sich weigern, für einen Präsidenten zu kämpfen, der zur schiitischen Minderheit der Alawiten gehört.

Trotz massiver Gewalt der Sicherheitskräfte – die Opposition spricht von über 2000 getöteten Zivilisten – scheinen die Proteste unvermindert weiterzugehen. Wohin steuert Syrien?

«Eine ausländische Intervention ist in Syrien nicht zu erwarten»

Ulrike Freitag

Das Problem ist, dass es neben dem breiten Widerstand gegen das Regime durchaus auch loyale oder zumindest passive Bevölkerungsteile gibt, die sich von einem Regimewechsel nichts Gutes erhoffen. Es besteht deshalb die Gefahr, dass es zu einem längerfristigen Krieg des Regimes gegen die Protestbewegung kommt.

Ist ein Bürgerkriegsszenario wie in Libyen denkbar?

Das ist nicht auszuschliessen. Wie in Libyen gibt es auch in Syrien Stämme, die sich geschlossen auf die eine oder andere Seite schlagen könnten. Insbesondere die eher regimekritischen kurdischen Stämme könnten hier eine Rolle spielen. Doch gibt es auch grosse Unterschiede zwischen den beiden Staaten. So hat das Assad-Regime deutlich mehr Unterstützung als jenes von Gaddafi. Und eine ausländische Intervention wie in Libyen, die die Entwicklung massiv beeinflusst hat, ist in Syrien nicht zu erwarten.

Präsident Assad hat mehrfach politische Reformen versprochen, zuletzt am vergangenen Sonntagabend. Was ist von diesen Versprechungen zu halten? Das Hauptproblem ist die Glaubwürdigkeit dieser Massnahmen. Das syrische Regime hat schon häufiger Reformen versprochen, und es sind ja auch jetzt schon mehrere Parteien in Syrien zugelassen und auch im Parlament vertreten. Die Frage ist also, ob in der Bevölkerung noch das Zutrauen herrscht, dass die angekündigten Reformen mehr sind als eine reine Beschwichtigungstaktik, und dass sie den Übergang zu einer demokratischen Verfassung schaffen können. Ich bin diesbezüglich skeptisch.

Die Opposition hofft, dass eine wirtschaftliche Krise das Regime in Bedrängnis bringt. Ist diese Hoffnung berechtigt?

Je länger die Unruhen anhalten, desto stärker wird die Wirtschaft geschwächt. Jene Teile der Elite, die vom Regime wirtschaftlich profitieren, könnten sich abwenden. Die Regierungsgegner hoffen aber auch, dass sich kritische Stimmen innerhalb der alawitischen Gemeinschaft zu Wort melden. Denn je länger die Unruhen anhalten, desto stärker wird das Regime konfessionell gesehen und desto grösser wird die Gefahr, dass an den Alawiten Vergeltung geübt wird. In Baniyas und Latakia waren beispielsweise die alawitischen Stadtviertel von den Angriffen ausgenommen, was die latent vorhandenen Spannungen dieser Religionsgruppe gegenüber steigert.

Die Opposition ist sehr heterogen. Welches sind die treibenden Kräfte?

Zunächst muss zwischen der Exilopposition und der lokalen Opposition unterschieden werden. Die Exilopposition umfasst alle möglichen Kräfte: linke Intellektuelle, Muslimbrüder, aber auch einen Mann wie Abd al-Halim Chadad, der unter Hafiz al-Assad einst Vizepräsident war und erst nach dessen Tod mit dem Regime brach. Innerhalb der lokalen Opposition wiederum muss unterschieden werden zwischen älteren Oppositionellen wie Michel Kilo, die seit Langem das Regime kritisieren, und den meist jüngeren Demonstranten, die mit Hilfe von sozialen Netzwerken und Handys die Proteste organisieren. Letztere sind die treibenden Kräfte hinter den Protesten.

Die Opposition hat bisher zwei Konferenzen in der Türkei abgehalten. Was sind die wichtigsten Forderungen?



Weil ausländischen Journalisten die Einreise verweigert wird, gibt es kaum professionelle Bilder der Proteste in Syrien. – Die Bilder im Uhrzeigersinn: Verhaftung von Demonstranten in Homs, Strassenkampf in Hama, Soldat an unbekanntem Ort in Syrien. key

Verlangt wurde dort ein radikaler Bruch: das Ende des Regimes und ein Übergang zu einer demokratischen Verfassung. An einer in Syrien abgehaltenen Konferenz von im Land lebenden Regimegegnern Ende Juni wurde dagegen ein eher gradueller Übergang zu einem demokratischen System gefordert. Auch wenn diese Konferenz in Damaskus nur mit Billigung des Regimes durchgeführt werden konnte, halte ich das Treffen nicht für reine Show.

Angeprangert wird auch die grassierende Korruption, die hohe Arbeitslosigkeit und weitverbreitete Armut. Wie ist diesbezüglich die Situation in Syrien?

Die Korruption hat in den späten 80er-Jahren um sich gegriffen. Die sozialistische Planwirtschaft war gescheitert, sodass auf ein privatwirtschaftliches System umgestellt werden musste. Staatliche Landwirtschafts- und andere Betriebe wurden privatisiert und die Gründung privater Unternehmen gefördert. Die Vergabe der dazu notwendigen Lizenzen wurde zu einem wichtigen Faktor für Korruption. Dank der

wirtschaftlichen Reformen geht es heute vielen Menschen besser, aber vielen eben auch schlechter. Die von Assads Baath-Partei propagierte soziale Gerechtigkeit wurde unterminiert.

Einige Demonstrationen standen unter dem Motto «Euer Schweigen tötet uns». Tatsächlich sind die internationalen Reaktionen auf die Gewalt in Syrien sehr zurückhaltend. Weshalb?

Das hat zunächst mit der äusserst komplizierten regionalen Lage zu tun: Syrien grenzt an Israel, pflegt enge Beziehungen zum Iran, nimmt über politische Verbündete wie die Hisbollah grossen Einfluss im Libanon und beherbergt viele palästinensische und irakische Flüchtlinge. In dieser potenziell instabilen Region hat das Assad-Regime Zuverlässigkeit an den Tag gelegt. Ein militärisches Eingreifen kommt nicht in Frage, weil die Kapazitäten fehlen, die internationale Zustimmung fehlt und ein im Vergleich zu Libyen viel unübersichtlicherer Krieg drohen würde. Und da das Regime schon lange mit Sanktionen lebt, gibt es auch kaum wirtschaftliche Druckmittel.

Die Türkei hat zuletzt immer schärfere Kritik an Assad geübt. Welche Ziele verfolgt das Land in Syrien?

Die beiden Länder haben sich in den letzten Jahren angenähert. So wurde etwa der Streit um Wasserrechte entschärft. Und 2007 trat ein Freihandelsabkommen in Kraft, von dem vor allem die türkische Exportwirtschaft profitiert, was bei syrischen Unternehmern bereits für Unmut gesorgt hat. Ankara hatte sich also mit dem Assad-Regime gut arrangiert. Doch die Flüchtlingskrise im Grenzgebiet und die anhaltende Gewalt schaden den türkischen Interessen. Einerseits könnte die Lage in Syrien zu einer Mobilisierung der Kurden führen und andererseits wird die Glaubwürdigkeit der demokratischen Türkei gegenüber dem Westen gefährdet. Primär ist die Türkei wohl an einem stabilen Regime interessiert, mit dem man gute Geschäfte machen kann, das aber nicht zwingend demokratisch sein muss.

Ulrike Freitag ist Direktorin des Zentrums Moderner Orient in Berlin und Professorin für Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

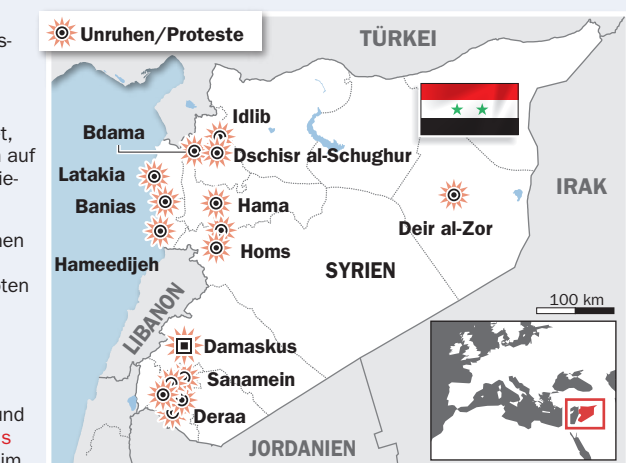
CHRONIK DER REBELLION IN SYRIEN

23. März Deraa Syrische Sicherheitskräfte töten sechs Demonstranten. Wochen zuvor wurden die Kinder verhaftet, die Freiheitsparolen auf Schulwände geschrieben hatten.

April Demonstrationen weiten sich aus, Sicherheitskräfte töten im ganzen Land Zivilisten.

Mai Die syrische Armee kontrolliert Deraa und Baniyas und rückt Richtung Homs und weitere Städte im Süden vor.

Juni Die Armee tötet Demonstranten in Hama und stürmt Bdama und Dschisr al-Schughur.



Juli Getötete Demonstranten in Damaskus, Homs, Idlib und Deir al-Zor.

31. Juli Nach fast einem Monat Belagerung stürmen syrische Panzer Hama.

8. Aug. Kuwait und Saudi-Arabien rufen ihre Botschafter zurück. Die EU denkt über neue Sanktionen nach.

19. Aug. EU und USA fordern Präsident Assad zum Rücktritt auf. Barack Obama kündigt weitere Sanktionen durch die Vereinigten Staaten an.

QUELLE: REUTERS/ISTOPE, GRAFIK: HES

Langer Weg in die Unabhängigkeit

ZÜRICH. Nach dem Ersten Weltkrieg hätte Syrien ein eigenständiges Königreich werden sollen. Unabhängig wurde das Land aber erst 1946.

PHILIPP HUFSCHMID

Nach der Zeit der Omajjaden-Kalifen, die im 7. und 8. Jahrhundert von Damaskus aus das noch junge islamische Weltreich regierten, war Syrien nur mehr Provinz eines Grossreiches. Ab 1516 gehörte es mit kurzen Unterbrechungen zum Osmanischen Reich. Bilad al-Scham, wie Syrien damals hiess, bezeichnete allerdings ein grösseres Gebiet. Auch die heutigen Staaten Irak, Israel, Jordanien und Libanon waren damit gemeint, ebenso wie Tei-

le der modernen Türkei und die Palästinensergebiete. Weil ihnen einen eigenen Staat versprochen worden war, kämpften die Araber im Ersten Weltkrieg auf der Seite Grossbritanniens gegen die Osmanen. Emir Faisal, der Sohn des Scherifen von Mekka, sollte König von «Grosssyrien» werden. Doch aus Syriens Unabhängigkeit wurde vorerst nichts.

Grossbritannien und Frankreich hatten andere Pläne. Schon 1916 vereinbarten sie im Sykes-Picot-Abkommen eine Neuordnung des Nahen Ostens. Unter britischer Herrschaft wurde Emir Faisal 1921 König von Irak, sein Bruder Abdullah wurde Emir von Transjordanien, dem späteren Königreich Jordanien. Frankreich übernahm 1920 die Kontrolle und ab 1922 das Völkerbundsmandat über das Gebiet

des heutigen Syriens und Libanons. Erst 1946 wurde schliesslich die Arabische Republik Syrien ausgerufen.

Zwischen der Niederlage im Palästina-Krieg 1948 und dem Verlust der Golanhöhen im Sechstagekrieg 1967 war Syrien politisch instabil, wie eine ganze Reihe Staatsstriche belegen. Auch der Zusammenschluss mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik 1958 wurde drei Jahre später durch einen Putsch aufgelöst. Aus den Machtkämpfen innerhalb der panarabisch ausgerichteten Baath-Partei ging 1970 Hafiz al-Assad als Sieger hervor. Der Vater des derzeitigen Präsidenten errichtete eine brutale Militärdiktatur. Bis heute sichern Spezialtruppen, die vorwiegend aus Angehörigen der religiösen Minderheit der Alawiten bestehen, die Macht des Assad-Regimes.